

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:135296-2023:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2023/S 046-135296**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf / Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://gmh-hamburg.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/459c0b62-e608-4022-8a5b-fff97f57341a>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/459c0b62-e608-4022-8a5b-fff97f57341a>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Öffentliches Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Bau, Betrieb und Bewirtschaftung öffentlicher und kommunaler Gebäude und Immobilien

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein Standort Am Dulsbergbad 5 in Hamburg - Technische Ausrüstung gem. §§ 41 bzw. §§ 53 HOAI, ALG 1-8

Referenznummer der Bekanntmachung: GMH VgV VV 011-23 VG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg, hier die Region GMH Süd, betreut für die Freie und Hansestadt Hamburg die Standorte der allgemeinbildenden Schulen südlich der Norderelbe. Die Bewirtschaftung der Liegenschaften umfasst auch bauliche Maßnahmen wie Instandsetzung, Neu- und Umbau. Daraus resultiert eine ganzheitliche Betrachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Bauinvestitions- und Betriebskosten. Neben dem Ziel der wirtschaftlichen Umsetzung der übertragenen Leistungen verfolgt GMH ein hohes Maß an Transparenz und Beteiligungen der Schulen.

Der Olympiastützpunkt Hamburg /Schleswig-Holstein am Standort Hamburg – Dulsberg soll neu strukturiert werden, da sich die Anforderungen und Bedarfe geändert haben und aktuell nicht vollumfänglich abgebildet werden können. Um den Anschluss an die Weltspitze der Schwerpunktsportarten halten zu können ist eine optimale Infrastruktur am OSP erforderlich. Ziel soll es sein, bestmögliche Bedingungen zur Erbringung der individuellen Höchstleistungen in den Schwerpunktsportarten zu schaffen und diese am Standort Dulsberg zu erweitern. Die Entwicklung und Neuordnung des OSP soll bei laufendem Betrieb des OSP erfolgen.

Im Weiteren siehe Ziffer II.2.4. der Bekanntmachung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1 930 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE600 Hamburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Der OSP ist eine bundesfinanzierte Betreuungs- und Serviceeinrichtung für Spitzensportler*innen aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die olympische und paralympische Sportarten als Spitzensport betreiben. Der Hauptsitz des Olympiastützpunktes befindet sich in Hamburg. Ein besonderer Schwerpunkt wird dort auf die Sportarten Beachvolleyball, Schwimmen, Badminton und Handball gelegt. In enger Zusammenarbeit mit den Fachverbänden wird der Spitzensport an diesem Standort gesteuert. Zu den Leistungsangeboten

gehören trainingswissenschaftliche, soziale, physiotherapeutische, sportmedizinische, psychologische und ernährungswissenschaftliche Serviceangebote.

Zu dem Projekt wurden durch das Büro Andreas Heller Architects & Design mit Stand Juli 2019 Planungsrichtlinien zur „Weiterentwicklung Olympiastützpunkt Dulsberg und Stadtteilschule alter Teichweg“ entwickelt, diese gilt es zu berücksichtigen.

Das Areal des OSP befindet sich im Hamburger Stadtteil Dulsberg und wird begrenzt durch die Straßen „Alter Teichweg“ im Norden sowie den „Eulenkamp“ im Osten. Auf dem Areal befinden sich verschiedene Gebäude und Nutzungsarten unterschiedlicher Baujahre. Einige der bestehenden Gebäude werden erhalten:

- Beachcenter: privater Betreiber bietet Sportnutzungen (Beachvolleyball für die Öffentlichkeit und den Leistungssport) an und wird als Eventlocation genutzt,
- Judo- und Handballhalle: städtischer Betreiber, Sportnutzung als Landesleistungszentrum,
- Schwimmhalle: städtischer Betreiber, Sportnutzung als Landesleistungszentrum sowie Nutzung durch den Olympiastützpunkt und von der Polizei Hamburg (Trainingsbad, nicht öffentlich) und
- Freibad: städtischer Betreiber, öffentlicher Bäderbetrieb

Diese Einrichtungen sind somit nicht Teil der Baumaßnahmen. Die genannten Einrichtungen befinden sich alle im östlichen Teil des Areals.

Westlich der Liegenschaft befindet sich die Stadtteilschule Alter Teichweg. Die Schule ist eine Eliteschule des Sports, bestehend aus einem denkmalgeschützten Altbau sowie Erweiterungsbauten. Ab 2023 beginnt der Neubau der Grundschule und der Quartiersmediathek am neuen Quartiersplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Projekt Neustrukturierung Olympiastützpunkt HH/SH.

Das gesamte Planungsgebiet befindet sich im historischen Grünzug Dulsberg.

Die Liegenschaft befindet sich aktuell im Besitz von Bäderland. Im Zuge der Planung muss eine Grundstücksteilung mit anschließender Grundstücksübertragung an GMH erfolgen. Die Medienversorgung insbesondere die Wärmeversorgung ist aktuell zentral geregelt und muss bei Teilung überplant werden.

Die Neustrukturierung wird größtenteils im Westen und Norden des Areals stattfinden und umfasst fünf Maßnahmenpakete. Begonnen mit dem Abbruch des bestehenden Aqua Sport Hotels, gefolgt vom Neubau Olympiastützpunkt, Haus der Athleten, Neubau Schwimmen und Studierenden Wohnen mit Tiefgarage sowie den Außenanlagen. Die Gesamtmaßnahme umfasst eine BGF von ca. 16.820 m².

Zu den Außenanlagen zählen weitere Sportflächen, insbesondere Beachvolleyballfelder, die Teilfläche zum Quartiersplatz angrenzend an den Neubau der Grundschule und der Quartiersmediathek sowie den Dulsberg Boulevard. Der Teilbereich zum Quartiersplatz muss mit der parallel laufenden Baustelle Grundschule und

Quartiersmediathek abgestimmt und koordiniert werden. Der Betrieb von Freibad, Beachcenter, Schwimmbad, Judo- und Handballhalle und der Schule muss zur jederzeit gewährleistet sein.

Der Baubeginn ist ab 01/2025 geplant und die Fertigstellung bis 05/2028 (bzw. Projektabschluss bis 06/2028).

Es handelt sich um eine Baumaßnahme, die mit Bundesmitteln gefördert wird.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1-2 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8,
- Leistungsphasen 3-8 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen),
- Anlagen der Technischen Ausrüstung in Außenanlagen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen),

Besondere Leistungen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen):

- stufenweiser Kostenanschlag,
- Wärmeschutz und Energiebilanzierung,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Mitwirken Baustellenlogistik,
- Durchführen einer Versorger Voranfrage,
- Mitwirken beim Aufstellen/Führen von Raumbüchern im Format des AG und Fortschreibung über alle Leistungsphasen,
- Erstellen einer technischen Gebäudebestandsdokumentation wie gebaut,
- Zuarbeit zur Beschaffung und Sicherung von Fördermitteln gemäß den Vorgaben der Fördermittelgeber und der zugeordneten Bauabschnitte,
- Terminplan mit AG relevanten Meilensteinen,
- Mitwirkung bei der Abbruchplanung der Bestandsgebäude (Aqua Sport Hotel und Geschäftsstelle OSP) parallel zur Erstellung des Neubaus inklusive Betriebssicherung des Olympiastützpunktes,
- Zuarbeit Eigentumsklärung/ Eigentumsübertragung Grundstück an GMH,
- Mengen und Leistungsabgleich,
- Planlieferliste,
- Fördermittelabrechnung / Rechnungsstellung,
- Inbetriebnahmemanagement,
- Technische Bestandsaufnahme Gebäude 5,
- Weitere Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

Hinweis: Zum Schutz aller am Verfahren Beteiligten vor den mit der Verbreitung von COVID-19 einhergehenden Gesundheitsgefahren behält sich der AG vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV).

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Kommunikation und Verfügbarkeit / Gewichtung: 15

Kostenkriterium - Name: Preis / Honorar / Gewichtung: 25

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1 930 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 60

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung eingereichten 2 Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 7 Jahre (Stichtag 01.01.2016) mit der Leistungsphase 8 (Objektplanung) und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-8 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-5 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 34 Punkte erreicht werden.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in dem Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 3-8 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen),
 - Anlagen der Technischen Ausrüstung in Außenanlagen durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen:
- stufenweiser Kostenanschlag,
 - Wärmeschutz und Energiebilanzierung,
 - Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
 - Mitwirken Baustellenlogistik,
 - Durchführen einer Versorger Voranfrage,
 - Mitwirken beim Aufstellen/Führen von Raumbüchern im Format des AG und Fortschreibung über alle Leistungsphasen,
 - Erstellen einer technischen Gebäudebestandsdokumentation wie gebaut,
 - Zuarbeit zur Beschaffung und Sicherung von Fördermitteln gemäß den Vorgaben der Fördermittelgeber und der zugeordneten Bauabschnitte,
 - Terminplan mit AG relevanten Meilensteinen,
 - Mitwirkung bei der Abbruchplanung der Bestandsgebäude (Aqua Sport Hotel und Geschäftsstelle OSP) parallel zur Erstellung des Neubaus inklusive Betriebssicherung des Olympiastützpunktes,
 - Zuarbeit Eigentumsklärung/ Eigentumsübertragung Grundstück an GMH,
 - Mengen und Leistungsabgleich,
 - Planlieferliste,
 - Fördermittelabrechnung / Rechnungsstellung,
 - Inbetriebnahmemanagement,
 - Technische Bestandsaufnahme Gebäude 5,
 - Weitere Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß §§ 122 GWB bzw. § 75 VgV.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- ausgefüllter Bewerberbogen,
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie),
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck),
- Anlage 1C: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/Zusammenarbeit (Vordruck),
- Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck),
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes (Vordruck),
- Anlage 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket (Vordruck),
- Anlage 1G: Eigenerklärung zu einer (mind. vorgesehenen) Teilnahme (Vordruck) bzw. Fortbildungsnachweis (Kopie) an einer vergaberechtlichen Fortbildung mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B/C für eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person (ältestens April 2016),
- Anlage 1H: Eigenerklärung zu einer Fortbildung zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (mind. Teil 1) von einer maßgeblich am Projekt beteiligten Person (Vordruck),
- Anlage 1I: Bevollmächtigung des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1J: Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1K: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1L: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck),
- Anlage 2A1: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2,
- Anlage 2A2a: Nachweis des Versicherungsgebers der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitschaft zur Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall,
- Anlage 2A2b: Eigenerklärung des Bewerbers zur Erhöhung der Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall,
- Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers,
- Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie),
- Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Kopie),
- Anlage 3B: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich der Erfahrung mit vergleichbaren Projekten,
- Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Geschäftsjahren
Näheres siehe Auswahlbogen.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein.

Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in

dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Nachweise in anderen als der deutschen Sprache sind in deutscher Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie den beigefügten Vordrucken und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterzeichnen. Die Firmenzugehörigkeiten von Bietergemeinschaften und/oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen zu benennen. Gemäß § 56 (2) VgV kann die Vergabestelle fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachfordern. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor, keine Unterlagen nachzufordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren.

Näheres siehe Verfahrenshinweise – diese sind zwingend zu beachten und bindend.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A1) Aktueller Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung:

Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

A2a) Nachweis des Versicherungsgebers der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitschaft zur Erhöhung der Deckungssummen:

Eine Bescheinigung des Versicherers über die Bereitschaft, die bestehende Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall zu erhöhen, ist von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu erbringen. Die Bescheinigung des Versicherers über die Bereitschaft, die bestehende Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall zu erhöhen, müssen bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

A2b) Eigenerklärung, des Bewerbers, die genannten Deckungssummen im Auftragsfall zu erhöhen.

Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaften zur Erhöhung der genannten Deckungssumme von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

B) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers:

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A1) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden).

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern),

die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Zu A2a) Zusätzlich Erklärung des Versicherungsgebers über die Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall auf mind. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden, sofern nicht durch die bestehende Versicherung erbracht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Alternativ ist eine Erklärung des Versicherungsgebers einzureichen über die Bereitschaft zum Abschluss einer Projektversicherung im Auftragsfall über mind. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden, sofern nicht durch die bestehende Versicherung erbracht.

Zu A2b) Eigenerklärung, des Bewerbers, die genannten Deckungssummen im Auftragsfall gem. der unter 2A2a genannten Deckungssummen zu erhöhen oder Eigenerklärung über die Bereitschaft zum Abschluss einer Projektversicherung mit den unter 2A2a genannten Deckungssummen.

Zu B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. §§ 53 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 1-3 (HLS) mindestens 600.000 EUR (netto) erreichen. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 4+5 (ELT) mindestens 400.000 EUR (netto) erreichen.

Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die vollständige Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A1) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen,

A2) Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung,

B) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten,

C) Nachweis über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A1) Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV;

Zu A2) Abgeschlossenes Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (Versorgungstechnik) (Nachweis durch Studiennachweis) oder staatl. geprüfter Techniker (Nachweis durch Abschlusszeugnis).

Zu B) Öffentlicher Auftraggeber,

Zu C) Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 1-3 (HLS) sind mindestens 5 festangestellte geprüfte Techniker oder Ingenieure bzw. Absolventen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (HLS) nachzuweisen.

Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 4+5 (ELT) sind mindestens 3 festangestellte geprüfte Techniker oder Ingenieure bzw. Absolventen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (ELT) nachzuweisen.

Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 6, Förderanlagen, ist mindestens 1 festangestellter Mitarbeiter für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (Förderanlagen) nachzuweisen.

Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI ALG 7, Küchenplanung, ist mindestens 1 festangestellter Mitarbeiter für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (Küchenplanung) nachzuweisen.

Alle oben genannten Angaben verstehen sich inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) und auf den Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. §§ 53 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde am 8. April 2022 durch das 5. EU-Sanktionspaket mit Art. 5k in die Russland-Sanktionsverordnung 2014/833 ein unmittelbar und seit dem 9. April 2022 geltendes Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte mit russischen Staatsangehörigen und Unternehmen eingeführt. Danach ist es verboten öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j

der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe).

Das Nichtvorliegen dieser Ausschlussstatbestände ist durch den Bewerber mit Teilnahmeantrag in Form einer Eigenerklärung zu erklären.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 03/04/2023

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Auskunftserteilungen“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<https://hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

hinter dem „Link Bieterportal“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Registrierung im Bieterportal reichen Sie Ihre Bewerbung bitte rein elektronisch ein. Teilnahmeanträge und Angebote können ausschließlich elektronisch abgegeben werden.

Der mit dieser Bekanntmachung in Ziffer I.3 publizierte, direkte Link zu den Vergabeunterlagen ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung korrekt. Sofern sich Änderungen ergeben, wird er hingegen nicht aktualisiert. Die dann aktuellen Vergabeunterlagen sind somit im Änderungsfall nicht mehr über den Link aus dieser Ziffer I.3. erreichbar.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilungen“ während des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs finden Sie zudem auf der Homepage des Unternehmens GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter:

<https://gmh-hamburg.de/ausschreibungen>

An alle Interessierten, die anonym die Unterlagen heruntergeladen haben, erfolgt kein Versand der „Auskunftserteilungen“ per E-Mail.

Ein Versand der „Auskunftserteilungen“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bewerber/Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Elektronische Teilnahmeanträge werden bei Unterzeichnung in Textform als unterzeichnet anerkannt. Für alle weiteren, ggf. erforderlichen Unterzeichnungen (z. B. bei Bietergemeinschaften) werden gescannte Unterschriften als gültig anerkannt.

Die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie zur finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation in eVergabe.

Hinweis: Zum Schutz aller am Verfahren Beteiligten vor den mit der Verbreitung von COVID-19 einhergehenden Gesundheitsgefahren behält sich der AG vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV).

Zum Schutz aller mit der Leistungserbringung befassten Personen sowie der sich vor Ort aufhaltenden Personen vor den Risiken, die mit COVID-19 einhergehen können, wird auf das den Vergabeunterlagen beigefügte „Hinweisblatt: Handhabung von Bauablaufstörungen“ sowie die Verfahrenshinweise verwiesen. Sollten aufgrund der derzeitig vorherrschenden, pandemischen (SARS-CoVid 19) Bedingungen Nachweise nicht zu erbringen sein, ist eine Eigenerklärung einzureichen, in welcher der Umstand dargestellt wird und erklärt wird, den/die Nachweise sobald als möglich nachzureichen. Bitte bemühen Sie sich dahingehend frühzeitig auch um diejenigen Nachweise, die bei etwaiger Aufforderung zur Angebotsabgabe mit dem Honorarangebot einzureichen sind.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsaufforderung in der 18. KW 2023, Einreichung der Honorarangebote in der 23. KW 2023, unter o.g. Vorbehalt: Verhandlungsgespräche in der 24. KW 2023 (sofern diese erfolgen).

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister

veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Hinsichtlich der Anforderungen bzw. geforderter Mindeststandards gelten die Dokumente bei Regelungslücken bzw. Widersprüchen in nachfolgender Reihenfolge:

- 1) Auswahlbogen;
- 2) Bekanntmachung;
- 3) Bewerberbogen;
- 4) Angebotsaufforderung;
- 5) Verfahrenshinweise.

Die zur Verfügung gestellten Ausschreibungsdokumente sind zwingend zu beachten und bindend.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift: Neuenfelder Straße 19

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

Telefon: +49 40428403230

Fax: +49 40427940997

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg - Rechtsabteilung U 1

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

E-Mail: einkauf@gmh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

01/03/2023